

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 9 (1941-1942)
Heft: 7

Artikel: Die Schweiz und die Neuordnung der internationalen Wirtschaft
Autor: Nabholz, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und die Neuordnung der internationalen Wirtschaft

Von Hans Nabholz

Die grosse Mehrzahl der Schweizer steht den gegenwärtigen Ereignissen, die im Ausmass nicht nur den letzten Weltkrieg, sondern alles bisherige Geschehen auf dem Boden Europas weit übertreffen, als unbeteiligter Zuschauer gegenüber, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, dass sie auch für das Schicksal des eigenen Landes von entscheidender Bedeutung sein werden. Dafür haben wir uns um so intensiver mit unsern inneren Angelegenheiten befasst. Die Unterbrechung der früheren engen geistigen Beziehungen mit den benachbarten sprachverwandten Grosstaaten führte zu den unter dem Schlagwort der geistigen Landesverteidigung unternommenen Anstrengungen, uns auf unsere besondere schweizerische Eigenart zu besinnen. Es folgte das Jahr der Feier des 650jährigen Bestandes unserer Eidgenossenschaft als neue Veranlassung, uns eingehend mit dem eigenen Staatswesen und seiner Geschichte zu befassen.

Diese Selbstbesinnung war nützlich, wenn sie den Willen gestählt hat, mit dem Munde immer und immer wieder Beteuertes mit der Tat zu bewähren; wenn sie jene innere Sicherheit schaffte, die notwendig ist, um selbständig und unbefangen an die Klärung unserer internationalen Stellung heranzutreten. Wohl oder übel werden wir uns, mehr als das bisher der Fall war, auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie wir uns zu den Plänen einer Neugestaltung der zwischenstaatlichen Verhältnisse zu verhalten haben. Das betrifft vor allem die Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten unter einander. Da gibt es für die Schweiz kein „Stillesitzen“ mehr. So gut wie vor Ausbruch des Krieges wird sie sich nach Herstellung des Friedenszustandes der Weltwirtschaft einordnen müssen. Wenige Länder sind so sehr wie die Schweiz auf geordnete wirtschaftliche Beziehungen mit den andern Staaten angewiesen.

So unbestimmt und rätselhaft die Zukunft vor uns liegt, so ist doch eines vollkommen sicher: Der ungebremste wirt-

schaftliche Wettlauf, der zum Kriege der Jahre 1914—1918 führte und nach dem Friedensschluss, trotz Völkerbund, neuerdings entbrannte, um zu einem zweiten, noch grössern Weltbrand zu führen, darf nach Einstellung der kriegerischen Operationen nicht von neuem beginnen. Sonst werden die kommenden Friedensjahre, gleich wie der durch den Frieden von Versailles eingeleitete Zeitabschnitt nichts sein als eine Atempause, um sich durch noch umfassendere kriegerische Rüstungen auf einen neuen bewaffneten Zusammenstoss vorzubereiten.

Beide kriegführenden Mächtegruppen erklären denn auch, ihr Kampf gelte der Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung, die einen sichern und dauernden Frieden ermögliche. In beiden Lagern ist man daher auch darangegangen, das Problem der Neuordnung zu studieren. Dabei ergibt sich bei einer grundlegenden Voraussetzung Uebereinstimmung; in der Einsicht nämlich, dass alle Länder, auch die Grosstaaten, dank der gewaltig entwickelten Technik als Träger einer von der Idee der wirtschaftlichen Autarkie bestimmten Wirtschaftspolitik zu klein geworden. Unbedingtes Erfordernis ist die Schaffung von grössern, mehrere Staaten umfassenden einheitlich geleiteten Wirtschaftsgebieten. Als logische Folge aus dieser Einsicht ergibt sich für die Theoretiker der beiden Lager die Forderung, dass an die Stelle des wirtschaftlichen Wettlaufs der einzelnen Staaten eine internationale Zusammenarbeit zu treten habe.

Und noch in einem Punkte besteht Uebereinstimmung, dass nämlich die verlangte Zusammenarbeit nur dann erreicht werden kann, wenn den staatlichen Regierungen ein weitgehender Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft zukommt und der zu schaffenden Organisation der Zusammenarbeit wirksamere Zwangsmittel zur Verfügung stehen, als das unter der Herrschaft des Völkerbundes der Fall war.

Es wird sich also nicht nur um eine rein wirtschaftliche Neuordnung handeln; diese wird notwendigerweise auch politischen, in die Souveränität der einzelnen Staaten eingreifenden Abmachungen rufen.

Neben diesen übereinstimmenden Gedankengängen ergeben sich auch grundsätzliche Unterschiede. Der deutsche Standpunkt wird klar und eindeutig in fünf Artikeln der Frankfurter

Zeitung vom 24.—31. August umschrieben. Wie hier ausgeführt wird, denkt man im Reich in erster Linie an eine Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas. Dabei ist nicht an den geographischen Begriff Europa zu denken, sondern an diejenigen Teile des Kontinents, die in irgend einer Form dem politischen System der Achsenmächte angegliedert sind oder noch angegliedert werden. Der zu bildende Grossraum hätte sich unter Führung Deutschlands wirtschaftlich autark zu machen, nicht als Dauerzustand, sondern um von einer möglichst gesicherten Stellung aus den Warenaustausch mit dem britischen und dem amerikanischen Grossraum anzubahnen. „Die kontinentale Autarkie wird längst nicht mit der Einseitigkeit verkündet, wie sie in einem überwundenen Stadium der Diskussion um die nationale Autarkie gelegentlich zutage getreten war.“

Im Gegenteil zu den Achsenmächten schwebt den Sachverständigen der anglo-amerikanischen Welt die Ordnung der Wirtschaft einheitlich im gesamten Erdkreis vor, weil nur so das Rohstoffproblem und im Zusammenhang damit die Kolonialfrage gelöst werden kann. Interessant und wichtig sind in dieser Beziehung die eingehenden Studien, die Fachleute im Auftrage der Carnegie Stiftung für internationalen Frieden (Carnegie endowment for international peace) publiziert haben, bemerkenswert unter anderem deshalb, weil hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen wird, dass das Fernbleiben der U. S. A. vom Völkerbund und ihre einseitige, nur auf den eigenen Vorteil eingestellte Wirtschaftspolitik viel zu der Krise der Nachkriegszeit und damit zum Ausbruch eines neuen Weltkrieges beigetragen habe.

Ob sich die Neuordnung auf Europa beschränken oder auf weit breiterer Grundlage aufgebaut werden soll, hängt vom Ausgang des gegenwärtigen Krieges ab. Die Einschränkung auf den europäischen Kontinent birgt die Gefahr späterer Zusammenstösse des geeinigten Europa mit den andern grossen Wirtschaftsräumen in sich. Die fieberhaften kriegerischen Rüstungen der U. S. A., die ja nicht nur der Unterstützung Englands gelten, sprechen heute schon eine deutliche Sprache.

Noch in anderer Beziehung gehen die beiden Mächtegruppen in ihren Plänen verschiedene Wege. Aus den Erklärungen der englischen und amerikanischen Staatsmänner geht hervor, dass

sie sich die Regelung auf föderativer Grundlage, unter Anerkennung des Mitspracherechtes auch der kleinen Staaten denken. Das Programm der Achsenmächte ist auf der Tatsache aufgebaut, „dass eine Macht vorhanden ist, die bereit und in der Lage ist, die Führung und Verantwortung zu übernehmen.“ Dabei steht die zur Durchführung notwendige politische Form noch nicht fest. Bündnis, Pakt, Schutzverhältnis, Protektorat, Generalgouvernement, besetztes Gebiet, alles das sind Möglichkeiten, die neben einander bestehen können.

Ein derart gewaltiges Werk kann weder improvisiert noch oktroyiert werden. Es kann nur dann Bestand haben, wenn es vom Wollen der beteiligten Staaten getragen ist, und das wiederum ist nur möglich, wenn sie an den vorbereitenden Studien und am Aufbau beteiligt werden.

Für die Schweiz besteht zum mindesten die Verpflichtung von den vorhandenen und zukünftigen Plänen Kenntnis zu nehmen und ihre Wirkung für unser eigenes Land durchzudenken, um geistig auf die kommenden Dinge vorbereitet zu sein. Es ist verhängnisvoll, aus Angst vor einer ungewissen Zukunft, die aber — so viel ist gewiss — in manchem anders sein wird als die Gegenwart, den Kopf in den Sand zu stecken. Beständiges Verweilen bei unserer Vergangenheit darf nicht zum Vorwand werden, um der Auseinandersetzung mit den harten Tatsachen der Gegenwart und Zukunft auszuweichen.

Wir haben indessen nicht nur ein nationales Interesse, uns mit den überstaatlichen Problemen der Zukunft vertraut zu machen. Dazu fordern uns auch die internationalen Verpflichtungen auf, die uns unsere neutrale Haltung in allen machtpolitischen Konflikten der Staaten auferlegt. Neutralität ist nicht identisch mit Gleichgültigkeit allem gegenüber, was sich ausserhalb unserer Landesgrenzen vollzieht. Das würde zur geistigen Verarmung im innerstaatlichen Leben führen. Neutralität entbindet nicht von allen und jeden Verpflichtungen bei Bemühungen der Staaten, in ihrem Zusammenleben so weit wie möglich an die Stelle der Gewalt das Recht treten zu lassen. Die Verpflichtung, bei diesen Anstrengungen mitzuarbeiten, besteht für uns in gleicher Weise wie bei den nichtneutralen Mächten.

Noch besteht weder Einigkeit noch Klarheit, wie im einzelnen die geplante neue Wirtschaftsordnung zu gestalten sein wird. Zur Lösung des Problems muss eine gewaltige Vorarbeit bewältigt werden. Die Schweiz, die keiner der beiden Mächtegruppen politisch verpflichtet ist, eignet sich vorzüglich als Boden, auf dem die wichtigen Vorfragen in neutraler Sphäre rein wissenschaftlich studiert werden können. Dabei handelt es sich selbstverständlich nicht um Diskussionen und Resolutionen in öffentlichen Versammlungen, sondern um Arbeit von Männern der Wirtschaft und Politik in geschlossenem Kreise. Bei einem solchen Verfahren bestände sogar die Möglichkeit, nichtoffizielle Vertreter des Auslandes zur Mitarbeit heranzuziehen.

Wir sprechen gerne von der besondern Sendung der Schweiz als Mittlerin zwischen den Staaten Europas. Dieser Sendung zu genügen, ist unser schweizerischer Beitrag im Ringen der Völker um eine bessere Zukunft der Menschheit.